

*Hans-Olaf Henkel*

## **Wie die Freien Wähler das Monopol der Parteien „knacken“ können!**

Frankfurt, 14. Februar 2009

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen, meine sehr geehrten Herren!

Haben Sie herzlichen Dank, Herr Grein, für Ihre Einladung, der ich aus drei Gründen gerne gefolgt bin:

**Erstens** ist es für mich immer eine besondere Ehre, mit Menschen zusammen zu kommen, die dem Ideal der Freiheit verpflichtet sind, denn ich beobachte schon lange, dass gerade in unserem Land die Freiheit zu Gunsten der Gleichheit immer mehr unter die Räder gerät. Dabei haben schon die alten Griechen festgestellt, dass Freiheit und Gleichheit zueinander im Widerspruch stehen.

Auch die Akteure der französischen Revolution merkten, sobald sie an der Macht waren, dass die einen vor allem für die Freiheit und die anderen aber eher für die Gleichheit kämpften. Sie sind sich dann auch konsequenterweise in die Haare geraten.

Thomas Mann hat in einem Essay („Das Problem der Freiheit“), den er kurz vor Ausbruch des 2. Weltkrieges 1939 aus dem amerikanischen Exil für den XVII. PEN-Kongress in Stockholm schrieb, auf wunderbare Weise festgestellt, dass ein Zuviel an Gleichheit die Freiheit untergräbt, dass aber auch ein Zuviel an Freiheit die Solidarität unter den Bürgern beschädigt.

Heute gibt es unter deutschen Politikern, Vertretern der Medien und anderen Meinungsführern fast ausschließlich Anwälte für mehr Gleichheit. Bei uns heißt das dann übrigens meistens „Soziale Gerechtigkeit“; für mehr Freiheit setzen sich vergleichsweise wenige ein.

Kein Wunder, wenn nun auch die Demoskopen bestätigen, dass Politiker, die mehr Gleichheit versprechen, populärer sind, als solche, die sich für mehr Freiheit einsetzen.

Kein Wunder, dass die so genannte „Sozialdemokratisierung“ praktisch alle politischen Parteien erfasst hat.

Kein Wunder, dass die etablierten Parteien die Freien Wähler so fürchten wie der Teufel das Weihwasser, obwohl ich doch etwas darüber erstaunt war, dass der Vorsitzende einer im Bundestag vertretenen Partei mich davon abhalten wollte, heute bei Ihnen zu sprechen.

Der **zweite Grund**, warum ich heute bei Ihnen bin: ich hoffe, mit Ihnen Verbündete zu finden, Verbündete im bitter notwendigen Kampf

- gegen die ausufernde Allmacht der Parteien,
- für mehr Macht der einzelnen Bürgerinnen und Bürger,
- gegen den wachsenden Zentralismus in Berlin und Brüssel,
- für mehr Verantwortung in den Bundesländern und Kommunen,

- gegen die steigende Verkrustung in unserem Land,
- für eine Reform unserer durch die Parteien beherrschten Institutionen.

Ob als ehemaliger Verantwortlicher in einem weltweit tätigen Konzern,  
 ob als Präsident des vor allem dem Mittelstand verpflichteten Bundesverbandes der Deutschen Industrie,  
 ob als Verantwortlicher für die Leibniz-Gemeinschaft mit ihren über 80 Forschungsinstituten  
 oder als langjähriger Honorarprofessor an der Universität Mannheim:

Immer wieder ist mir aufgefallen,

wie sehr die Übermacht der Parteien die Bürger weiter entmündigt,  
 wie stark sich die politische Willensbildung am jeweiligen Parteieninteresse und  
 und wie wenig sie sich am übergeordneten Interesse der Bürger orientiert.

Meine Damen und Herren,

in diesem Jahr feiern wir den 60. Geburtstag unseres Grundgesetzes. Es lohnt sich, dabei  
 noch einmal in Erinnerung zu rufen, unter welchen Umständen unsere Verfassungsmütter und  
 –väter dieses Grundgesetz auf der Insel Herrenchiemsee innerhalb von knapp zwei Wochen  
 aufgeschrieben haben.

Natürlich arbeiteten sie unter alliierter Oberaufsicht. Es war ein klares und vor dem  
 Hintergrund der Ereignisse zwischen 1933 und 1945 auch verständliches Ziel, ein politisches  
 Entscheidungssystem zu etablieren, welches für eine stabile Demokratie in Deutschland  
 sorgen sollte.

Man entschied sich für ein föderales System, um die im Dritten Reich etablierte zentralistische  
 Macht zu beschränken und zu kontrollieren.

Man etablierte starke Parteien, um der Gefahr populistischer Neigungen besser widerstehen  
 zu können.

Man sprach sich gegen eine Direktwahl von Ministerpräsidenten, Bundeskanzler und  
 Bundespräsident aus, um eine Wiederholung des Erfolges von charismatischen Rattenfängern  
 unmöglich zu machen.

Immer wenn ich während meiner aktiven Berufstätigkeit von meinen amerikanischen Bossen,  
 von ausländischen Investoren oder Journalisten gefragt wurde, wie ich denn den  
 Standortvorteil Deutschlands gegenüber anderen europäischen Ländern beschreiben würde,  
 konnte ich diesen mit nur einem Wort definieren: „Stabilität“.

Und in der Tat, das im Grundgesetz eingeführte politische Entscheidungssystem erwies sich  
 für den Aufbau der Bundesrepublik als großer Vorteil.

Erinnern wir uns:

Waren wir nicht über Jahrzehnte hinweg das stabilste Land auf diesem Kontinent?  
 Hatten wir nicht die stabilste Währung?  
 Wurde bei uns nicht weniger gestreikt als anderswo?  
 Hatten wir nicht die niedrigste Inflationsrate?

Vollbeschäftigung?

War nicht die deutsche Bundesbank die Inkarnation der Stabilität unter allen Zentralbanken der Welt?

Allerdings musste sich das Modell Deutschland mit der Einführung des europäischen Binnenmarktes und spätestens mit der zunehmenden Globalisierung dem Wettbewerb mit anderen Gesellschaften stellen. Und was bei uns viel zu spät bemerkt wurde ist die Tatsache, dass der Wettbewerb zwischen Nationen, Gesellschaften und Regionen nach ganz ähnlichen Regeln wie der Wettbewerb zwischen Sportlern oder Unternehmen verläuft: selbst wenn wir uns etwas bewegen, und wer wollte bestreiten, das wir uns bewegt haben, kann man zurückfallen, wenn andere noch reaktionsschneller geworden sind.

Egal, welches Kriterium man zum Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit von Gesellschaften heranzieht: ob Bildung, Forschung, die Arbeitslosenrate, die Neuverschuldung oder die Gesamtverschuldung; wir stehen nirgendwo mehr ganz vorn, immer mehr Länder überholen uns auf diesen „Hitparaden“: Wir werden Jahr für Jahr immer weiter nach „unten“ durchgereicht“.

Woran das liegt?

Aus dem Standortvorteil „Stabilität“ ist der Standortnachteil „Unbeweglichkeit“ geworden.

Während andere Länder wie zum Beispiel Großbritannien, Spanien oder Italien die Vorteile kleiner selbstverantwortlicher Einheiten entdeckt haben, haben wir den Föderalismus immer mehr in ein zentralistisches Korsett gezwungen:

#### *Beispiel Schulpolitik*

Anstatt den Schulen vor Ort und damit den beteiligten Eltern mehr Autonomie und Einfluss einzuräumen, hatte die Kultusministerkonferenz jahrzehntlang wegen des verabredeten Einstimmigkeitsprinzips Reformen nur nach dem vorgegebenen Tempo des langsamsten und damit reformunwilligsten Landesministers zugelassen. Die Folgen besichtigen wir seit einigen Jahren unter dem Stichwort „PISA“.

#### *Beispiel Hochschulpolitik*

Wenn sich unter den weltweit 100 besten Universitäten nur noch 6 deutsche befinden, unter den ersten 50 sogar keine einzige, dann liegt das auch an der gleichmacherischen Politik der vergangenen Jahrzehnte, die eine gezielte Elitenförderung unter der Prämisse der Gleichheit nicht zugelassen hat.

#### *Beispiel Finanzpolitik*

Für mich ist der Hauptgrund für die unakzeptable Schuldensituation (inzwischen sind davon über 1,5 Billionen Euro bei Bund, Ländern und Kommunen aufgehäuft) die Tatsache, dass sich die Parteipolitiker in unserem Land dauernd gegenseitig in die Tasche greifen können.

Wenn in Bayern ein Euro gespart wird, muss es 90 Cent davon über den Länderfinanzausgleich anderen Ländern zu Verfügung stellen.

Wenn Bremen einen Euro zu viel ausgibt, bekommt es 90 Cent von anderen Ländern ersetzt. Allein dieser Mechanismus führt dazu, dass es sich weder für Bayern noch für Bremen lohnt, zu sparen.

Die so genannte Föderalismusreform II löst dieses Problem nicht wirklich, auch wenn die beiden großen Parteien sich jetzt gegenseitig begeistert auf die Schultern klopfen. Finanzminister Eichel versprach einen ausgeglichenen Haushalt für 2006. Finanzminister Steinbrück plante noch vor einem Jahr einen für 2011. Nun versprechen Struck und Oettinger einen ausgeglichenen Haushalt für 2020.

Als die Bundesländer noch weitestgehend selbst für ihre Finanzierung verantwortlich waren, erzielte unser Staat Überschüsse.

Nur eine weitergehende Delegation der Finanzverantwortung auf Länder und Kommunen kann die Verteilung von Wohltaten mit der Verantwortung für die Steuer- und Abgabenbelastung der Bürger in Einklang bringen.

Nur eine direktere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger kann sicherstellen, dass wir wirklich das bekommen, was wir auch brauchen.

Es ist kein Zufall, dass überall dort, wo die Bürger über die staatlichen Leistungen einerseits und die damit verbundene Steuer- und Abgabenbelastung andererseits mitentscheiden können, die den Kindern hinterlassenen Schulden am niedrigsten sind. Denken Sie zum Beispiel an die Schweiz.

Aber in unserem Land trauen die Parteipolitiker dem Staat immer mehr und den Bürgern immer weniger zu.

Dabei wissen wir doch: je weniger die Eltern ihren Kindern, oder die Arbeitgeber den Arbeitnehmern zutrauen, desto weniger sind sie motiviert, selbst etwas zu leisten. Und je weniger sie selbst leisten, desto mehr Unterstützung brauchen sie.

Diese Parteiendemokratie hat uns in einen verhängnisvollen Teufelskreis gebracht. Aus diesem müssen wir heraus.

Egal, ob Sie Politikwissenschaftler oder Politiker fragen, sie geben unumwunden zu, dass es keine Demokratie in der Welt gibt, in der die Macht der Parteien so ausgeprägt ist wie in der Bundesrepublik.

Wenn Sie diese Medaille aber umdrehen und feststellen, dass es keine Demokratie in der Welt gibt, wo die Bürger so wenig zu sagen haben wie bei uns, ernten Sie große Empörung.

Dabei ist die letzte Aussage eine logische Folge der ersten.

Nehmen wir mal zwei ganz aktuelle Beispiele:

Niemand anderes als Präsident Obama selbst bestimmte, wer in sein Kabinett einzieht und wer nicht.

Das wichtigste Kriterium war für ihn die Kompetenz seiner Minister, vielleicht auch noch eine gewisse demografische Ausgewogenheit. Daneben ernannte er über ideologische Grenzen hinweg auch drei republikanische Minister.

Präsident Sarkozy holte mehrere Sozialisten in seine Regierung.

Und wie stellen unsere Bundeskanzler ihre Kabinette zusammen?

Frau Merkel bekam ihre Minister von SPD und CSU von den jeweiligen Parteivorsitzenden zugewiesen.

Als Wirtschaftsminister Michael Glos am letzten Wochenende sein Rücktrittsangebot einreichte, schrieb er nicht etwa an die Bundeskanzlerin, sondern an den Parteivorsitzenden der CSU, Horst Seehofer.

Ich kenne keine westliche Demokratie, in der die Zusammensetzung der wichtigsten politischen Ämter so viel mit Parteienkalkül bzw. Regionalproporz und so wenig mit Kompetenz zu tun hat.

Vielleicht erinnern Sie sich an den Bundestagsabgeordneten Niels Ahnen, der kürzlich sein Studium nach 26 Semestern schmiss, um sich nun „ganz der politischen Karriere widmen zu können“?

Weder in den Parlamenten noch in der Bundesregierung finden wir ausreichend Kompetenzträger, die wir aber brauchen, um mit den komplexen Herausforderungen der Globalisierung, der neuen Technologien und der demografischen Herausforderung fertig zu werden.

Unser verkrustetes Parteiensystem macht den Quereinstieg von erfahrenen Personen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur praktisch unmöglich.

Auf der anderen Seite beanspruchen die Damen und Herren, die sich in ihren Parteikarrieren fleißig nach oben gearbeitet, nach oben gedient oder nach oben intrigiert haben, die wichtigsten Entscheidungen für sich – meist ohne Rückkopplung mit den Bürgern.

In fast allen westlichen Regierungssystemen dürfen die Bürgerinnen und Bürger heute selbst über ihr Staatsoberhaupt entscheiden. Zu den Ausnahmen zählt neben Italien, der Schweiz und Tschechien auch die Bundesrepublik Deutschland. Der derzeitige Bundespräsident wurde nicht von uns Bürgern, er wurde von Parteivorsitzenden in der Küche von Herrn Westerwelle ausgekungelt. Herr Stoiber und Herr Westerwelle gingen angeblich mit der Kandidatur von Herrn Schäuble in die Küche hinein, heraus kamen sie mit Horst Köhler.

Übrigens, ich persönlich finde, dass Horst Köhler ein hervorragender Präsident ist, auch deswegen, weil er – im Gegensatz zu seiner Mitbewerberin um das höchste Staatsamt, an seiner Überparteilichkeit nie einen Zweifel zugelassen hat. Ich hoffe, dass die Vertreter der Freien Wähler in der Bundesversammlung dies auch so sehen.

Die Parteien bedienen sich auch finanziell immer großzügiger zu Lasten der Steuerzahler, freilich ohne diesen zu fragen. Neben der, im internationalen Vergleich, luxuriösen staatlichen Parteienfinanzierung, über Wahlkampfkostenrückerstattung und Abzugsfähigkeit von Parteispenden haben die deutschen Parteien parallel dazu eine umfangreiche Finanzierungsquelle mit ihren Parteistiftungen aufgebaut, die alle im Gewande der Gemeinnützigkeit daher kommen. In Wirklichkeit sind sie lukrative Versorgungsstationen für zwischen geparkte oder pensionierte Parteifunktionäre.

Als ich vor einigen Jahren mal mit einer Industriedelegation in Jakarta zu Besuch war, organisierte der deutsche Botschafter vor Ort für uns eine Einführung in die politische, soziale und wirtschaftliche Situation Indonesiens. Zuerst sprach er selbst, dann der lokale Chef der

Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU, dann der Leiter der SPD-Friedrich-Ebert-Stiftung, danach der Leiter der Hanns-Seidel-Stiftung der CSU, bevor schließlich der Vertreter der Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP auftrat. Alle freuten sich schon auf die baldige Eröffnung des Büros der Heinrich-Böll-Stiftung der Grünen, und ich nehme an, inzwischen gibt es auch eine Dependance der Rosa-Luxemburg-Stiftung der Linken.

Keine Demokratie in der Welt leistet sich den Luxus von Auslandsvertretungen ihrer Parteien rund um die Welt. Ja, nicht einmal die USA käme auf die Idee, ihren Steuerzahlern die Einrichtung eines Büros für die Demokraten und Republikaner in Berlin, der Hauptstadt ihres wichtigsten Verbündeten in Europa, geschweige denn in vielen anderen kleineren Ländern in der Welt zu finanzieren.

Mögen diese vielen Büros deutscher Parteienstiftungen vor Ort auch noch so gute Arbeit leisten, diese Aufgaben gehören in die Botschaften bzw. in die Goethe-Institute.

Der Steuer zahlende Bürger wird aber auch mit offenem Visier immer öfter in den Dienst der Parteien gestellt, denn mit den Mitgliedern laufen den Parteien nun buchstäblich auch die Beiträge weg. Was passiert? Die Schatzmeisterin der SPD fordert eine Erhöhung der direkten Staatsfinanzierung, um diesen Verlust auszugleichen. Hier wird das Interesse der Parteien mit dem Interesse der Bürger auf unzulässige Weise gleichgesetzt.

Obwohl es immer weniger Parteimitglieder gibt, mischen Parteifunktionäre immer mehr in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten mit. Sie üben Einfluss auf die Besetzung von Spitzenpersonal staatlicher Behörden, öffentlicher Betriebe und auf die Besetzung von Richterämtern aus.

Natürlich sprechen sie dabei immer gern über die „Bürgerinnen und Bürger“, deren Interesse sie vorgeben zu vertreten, dabei tun sie oft genau das Gegenteil.

Ich könnte noch lange fortfahren, aber das Perfide ist: lehnt man sich gegen diese Strukturen auf, entlarvt man die Hintergründe und Küngeleien, wird man ausgerechnet von den Vertretern der etablierten Parteien als „undemokratisch“ an den Pranger gestellt. Sie kennen das ja besser als ich.

Dabei ist es doch genau umgekehrt. Wenn selbst ein nur durch die Parteienmühle zu Amt und Würden gekommener Altbundespräsident Richard von Weizsäcker daran erinnern muss, dass im Grundgesetz nur von der Mitwirkung aber nicht von der Allmacht der Parteien bei der politischen Willensbildung die Rede ist, dann müssen wir schon weit über das Ziel hinaus geschossen sein.

Bei uns wirken die Parteien schon lange nicht nur mehr bei der politischen Willensbildung mit, bei uns haben sie sich die Macht unter den Nagel gerissen.

Und wenn es einzelne Abgeordnete wagen, sich unter Berufung auf das im Grundgesetz klar formulierte freie Mandat gegen die Mehrheitsmeinung ihrer Partei zu stellen, dann werden sie nicht nur kritisiert, sie werden persönlich diffamiert, aus der Fraktion verbannt und im schlimmsten Fall sogar aus der Partei ausgeschlossen.

Reformvorschläge für mehr Demokratie, für mehr Bürgerbeteiligung, für mehr Delegation von Verantwortung von oben nach unten, für weniger Bürokratie, für die Erschließung neuer

Quellen für unser politisches Personal gibt es massenhaft. Sie werden blockiert – durch die etablierten Parteien, die das Interesse der Bürger gern auf der Zunge, aber nicht im Herzen tragen.

Und das bringt mich zum **dritten Grund** meines Auftritts bei Ihnen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass eine Änderung unseres politischen Entscheidungssystems nur durch die derzeitigen politischen Parteien selbst erfolgen kann, dass der Anstoß dazu aber von außen kommen muss.

Zum Beispiel durch die Freien Wähler:

Mir ist sehr wohl bewusst, dass sich viele von Ihnen, wenn nicht die meisten, als Anwälte für die Belange, die Sorgen und Nöte der Wählerinnen und Wähler vor Ort verstehen.

Es sind die spezifischen und maßgeschneiderten Lösungen, die Ihre Wähler goutierten und die Ihnen Ihre Mandate ermöglichten.

Ja, es ist nicht auszuschließen, dass ein Kandidat in Baden-Württemberg für das Gegenteil dessen ins Amt gewählt wurde, für das ein anderer in Bayern erfolgreich geworben hat.

Da mag es manchem als ein Widerspruch erscheinen, dass sich die Freien Wähler zu einem einheitlichen Programm für den Bundestag oder gar für Europa entschließen können.

Andere sehen die Gründung einer einheitlichen Liste für die Europa- oder die Bundestagswahl als generell unvereinbar mit dem Freiheitsanspruch der Freien Wähler an.

Ich meine, dass es gute Argumente gibt, sich über diese durchaus ernst zu nehmenden Bedenken hinwegzusetzen.

Hier sind meine Anregungen, über die Sie vielleicht nachdenken und diskutieren könnten:

#### *Erstens*

Egal, wofür Sie sich vor Ort einsetzen, Sie haben das Ideal der „Freiheit“ als das Element, das Sie alle verbindet. Sie führen es ja nicht nur als Adjektiv in Ihrer Bewegung, sie fühlen so, sie agieren so.

#### *Zweitens*

Arbeiten Sie weiter vor Ort an Veränderungen, die Sie lokal für richtig halten. Zur Freiheit gehört auch die Freiheit, möglichst nah am Problem auch die Lösung zu suchen. Bei uns in Hamburg sagt man nicht umsonst: „Leute, die am Meer wohnen, wissen am Besten, wie hoch der Deich sein muss“.

#### *Drittens*

Verzichten Sie bei der Europawahl und der Bundestagswahl bewusst auf die sonst üblichen Parteiprogramme zu einzelnen Reformprojekten. Jedem von Ihnen sollte es unbenommen bleiben, das zu sagen und zu schreiben, was er oder sie über die Rentenreform, die Steuerreform oder die Gesundheitsreform denkt.

### *Viertens*

Formulieren Sie umso deutlicher Ihre Vorstellungen zu dem, was Sie alle verbinden könnte: Veränderungen unseres politischen Entscheidungssystems für mehr Bürgerrechte, für mehr Verantwortung vor Ort, für weniger Zentralismus, für eine Beschneidung der Allmacht der Parteien.

Ich schlage Ihnen konkret vor:

Bürgerrechte:           Direktwahl des Bundespräsidenten  
                                  (der jetzige Amtsinhaber hat das sogar schon vorgeschlagen)

                                  Abschaffung der Parteilisten, nur noch direkt zu wählende Abgeordnete

                                  Ermöglichung von Volksabstimmungen, z.B. über Europa

Mehr Eigenverantwortung für die Bundesländer und Kommunen bei:

                                  Steuern

                                  Sozialtransferleistungen

                                  Umweltschutz und Landwirtschaft

Weniger Macht den Parteien:

                                  Verbot politischer Einflussnahme auf Rundfunk, Staatsbetriebe,  
                                  Richterämter

Verfassung: Einforderung des Versprechens aus Art. 146 GG.  
                                  (Volksabstimmung über eine Verfassung)

Meine Damen und Herren,

mit einem solchen Programm

- werden Sie dem eigenen Anspruch auf „Freiheit“ und „Unabhängigkeit“ gerecht.
- Sie erfüllen damit den Anspruch auf eine ambitionierte Agenda, ohne dass Sie vor Ort in der Verfolgung lokaler Anliegen behindert werden.
- Sie unterscheiden sich in signifikanter Weise von den Programmen der etablierten Parteien
- und erschließen sich zusätzliches Wählerpotential.

Ich glaube, dass damit auch den Bedenken derjenigen, die in der Verfolgung bundesdeutscher oder gar europäischer Ambitionen einen Widerspruch zum ursprünglichen Anliegen der Freien

Wähler gesehen haben, Rechnung getragen wird. Im Gegenteil, gerade von Vertretern der Freien Wähler sollte man erwarten, dass sie sich für mehr Demokratie, für mehr Bürgerrechte, für weniger Bürokratie und weniger Parteienallmacht einsetzen. Gerade in Baden-Württemberg würde die Beteiligung an der Europawahl der Spekulation ein Ende setzen, dass ausgerechnet die Freien Wähler durch die Übernahme eines öffentlichen Amtes korrumpiert worden sein.

Bleibt noch das in Baden-Württemberg und in Sachsen oft verwendete Argument, dass Stimmen für die Freien Wähler zu einer Schwächung des bürgerlichen Lagers führen könnten. Nun, wie „bürgerlich“ die CDU heute eigentlich noch ist, will ich mal dahin gestellt lassen, aber es ist natürlich eine ernst zu nehmende Sorge. Ich finde es auch ehrenwert, dass man sich zum Beispiel mit Ministerpräsident Oettinger darüber austauscht. Aber meine Antwort an ihn würde ungefähr so lauten: Wenn Sie unsere Anregungen für eine Reform der politischen Entscheidungssysteme wie z. B. mehr Übertragung von Verantwortung auf Kreise und Kommunen, weniger Zentralismus, mehr Bürgerrechte in das CDU-Programm aufgenommen hätten, würde sich uns diese Frage einer möglichen Kandidatur gar nicht erst stellen.

Noch wichtiger erscheint mir aber folgender Aspekt: Das Hauptpotenzial der Freien Wähler sehe ich in der größten Partei, die weder im Landtag noch im Bundestag noch im europäischen Parlament vertreten ist. Ich meine die Partei der Nichtwähler, die ihren Glauben an das Funktionieren des allmächtigen Parteienstaats längst verloren haben.

Wenn es den Freien Wählern gelänge, diese Bürgerinnen und Bürger wieder in den aktiven Prozess der politischen Willensbildung zurück zu holen, dann hätten sie nicht nur dem bürgerlichen Lager einen unschätzbaren Dienst erwiesen, sie hätten darüber hinaus auch einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie geleistet.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.